

Ärger ohne Ende Airbus und Zulieferer streiten um A400M- Kosten

LONDON - Hinter den Kulissen geht der Streit um die horrenden Zusatzkosten für den neuen europäischen Militärtransporter Airbus A400M munter weiter. Bereits während der Verhandlungen über die Mehrbelastungen mit den sieben Kundenstaaten stellte die Airbus- Militärsparte (AMSL) Schadensersatzansprüche von rund 500 Millionen Euro an das für die Triebwerke zuständige Konsortium Europrop International (EPI).

Der Zulieferer antwortete seinerseits mit einer Forderung von 425 Millionen Euro an Airbus, wie aus der Jahresbilanz der Airbus-Mutter EADS hervorgeht.

Die Unternehmen machen sich gegenseitig für die Verzögerungen bei Europas wichtigstem Rüstungsprojekt verantwortlich. Europrop hat mittlerweile die Internationale Handelskammer eingeschaltet, ein Stillhalteabkommen scheiterte im Februar.

Bei den Beteiligten wollte man sich am Donnerstag nicht näher zum Streit äußern. «Das ist eine vertrauliche Sache zwischen Airbus und EPI», sagte Europrop- Sprecherin Jane Terry und bestätigte damit Angaben der «Financial Times Deutschland» (Donnerstag). Die Auseinandersetzung habe jedoch keine Auswirkungen auf die projektbezogene Zusammenarbeit mit Airbus. Die mit 28 Prozent an EPI beteiligte MTU Aero Engines in München hüllte sich gänzlich in Schweigen. Neben dem bayerischen Unternehmen sind die Triebwerkshersteller Snecma (Frankreich), Rolls- Royce (Großbritannien) und ITP (Spanien) an dem Konsortium beteiligt.

Gallois: Langer Prozess

EADS- Konzernchef Louis Gallois war bei der Bilanzvorstellung am Dienstag nur kurz auf die Auseinandersetzung mit Zulieferern eingegangen. «Sie haben Schadensersatzansprüche gegen uns und wir haben Schadensersatzansprüche gegen sie. Es wird ein langer Prozess sein, diese Ansprüche zu klären. Es wird Jahre dauern», sagte der Franzose. Mit dem Bau der ersten 180 Flugzeuge werde EADS nach bisherigen Erkenntnissen mehr als vier Milliarden Euro verlieren. Manche Zulieferer würden in Relation gesehen aber viel mehr Geld abschreiben müssen.

Im Streit um die Finanzierung des Militärtransporter- Projekts war erst Ende vergangener Woche eine Einigung zwischen EADS und den Käuferstaaten erzielt worden. Airbus hatte sich ursprünglich verpflichtet, 180 Maschinen zu einem Festpreis von 20 Milliarden Euro auszuliefern. Missmanagement und technische Probleme führten jedoch zu Milliarden- Mehrkosten und erheblichen Verzögerungen bei der Entwicklung. Die Auslieferung der ersten Maschine an die Bundeswehr ist nun für 2014 geplant. Sie soll 60 der 180 Flugzeuge erhalten, die Deutschland und sechs NATO- Partner bestellt haben.